

Informationen der Aktionsgemeinschaft ATOMSTOP-ENERGIEWENDE Heilbronn

VERBRAUCHERTIPS

Milch:

Werte sind ansteigend.^{x)} Verzicht wenn möglich. H-Milch + Pulver sind ebenfalls verseucht. Auf Kennzeichnung drängen! 20 Bq gerade noch erträglich. Bitt für andere Milchprodukte ebenso. Butter weniger bedenklich. ^{x)} im Moment wg. Frischfütter

Ziegen-, Schafsmilch, -Käse:

hochverseucht! langfristig verzichten!

Gemüse/Salat:

nur wenn Jod unter 10 Bq und Cäsium unter 50 Bq.

Kennzeichnung verlangen!

Fleisch:

z. Zt. wenig belastet. ACHTUNG! INNEREIER (Niere, Leber) stark verseucht, langfristig verzichten!

Fische:

hohe Belastungen möglich in stehenden Gewässern!

Wild:

extrem verseucht, langfristig verzichten!

Waldpilze:

sammeln extrem stark Radioisotope. Verzicht!

Honig:

neuer Blütenhonig ist stark belastet!

Freilandfolien:

von Anfang Mai stark verseucht (sammeln Radioaktivität) -> wie Sondermüll behandeln!

Staubsaugerbeutel:

-> hier gilt dasselbe.

Klärschlamm:

(Achtung Landwirte!) stark verseucht. Nicht ausbringen!

J ETZT GEBEN WIR KEINE RUHE MEHR!

Die letzte und bisher größte Atomkatastrophe hat allen Recht gegeben, die sich in der Vergangenheit gegen den Wahnsinn gewehrt haben. Tschernobyl ist überall, das wurde in Windscale schon 1957, in Harrisburg 1979 bewiesen.

Wir, die Aktionsgemeinschaft Atomstop - Energiewende, ein spontan entstandener unabhängiger und überparteilicher Zusammenschluß von Bürgern aus dem Raum Heilbronn, wollen angesichts der Bedrohung nicht ohnmächtig verharren, sondern für eine Zukunft ohne menschheitsbedrohende Technologie arbeiten.

Wir verlangen den schrittweisen, aber sofort beginnenden Ausstieg aus der Atomtechnik ebenso wie die Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen.

Diese Forderungen sind nicht unrealistisch sondern die Voraussetzung unseres Überlebens. Dahinter stehen Millionen Menschen. Zwingen wir also die Politiker zur Kursänderung, entziehen wir den Vordenkern der Zerstörung unser Vertrauen und unsere Stimme!

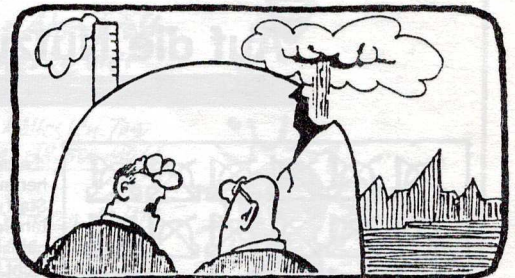
TSCHERNOBYL BEI UNS? TREFFERQUOTE 3% BIS ZUM JAHR 2000

"Bei uns völlig ausgeschlossen" tönt die Atomlobby, voran Politiker wie Kohl, Zimmermann, Riesenhuber. Was sie verschweigen: aus der "Deutschen Risikostudie Kernkraftwerke", von Atomkraftbefürwortern erstellt, ergibt sich eine 3%ige Wahrscheinlichkeit für einen Kernschmelzunfall in der BRD bis zum Jahr 2000. Kritiker setzen die Wahrscheinlichkeit noch höher an. Und wie nennt man das? Richtig: ein Restrisiko. Das sollten wir schon hinnehmen, meinten sogar hohe Gerichte.

Übrigens: wissen Sie, was ein Restrisiko ist? Es ist das Risiko, das uns den Rest gibt!

Kennzeichnungspflicht für die radioaktive Belastung von Lebensmitteln!

Wir fordern: laufende Veröffentlichung aller Meßwerte von Boden, Wasser, Nahrungsmitteln!



„Alle 100.000 Jahre ein Unfall - Wie die Zeit vergeht!“

KUNDGEBUNG

Montag 16. Juni

17.00 Uhr Kiliansplatz HN

Gemeinsam werden die Aktionsgemeinschaft Atomstop - Energiewende und der Friedensrat Heilbronn ihren Protest gegen den zivilen und militärischen Atomwahn ausdrücken.

Außerdem sprechen Vertreter der Kirche und der Peace-Pilgrimage.

Es singt Colin Wilkie.

Anschließend übergeben wir unsere Forderungen Vertretern der Stadt und des Gemeinderats Heilbronn.

Gegen den atomaren Wahnsinn!
Für eine lebenswerte Zukunft!

JEDEN MITTWOCH JEDE MENGE TATKRAFT

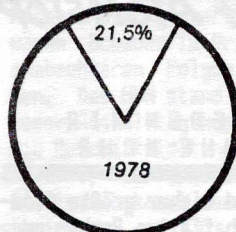
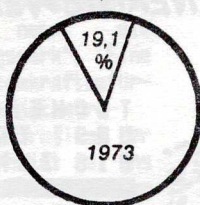
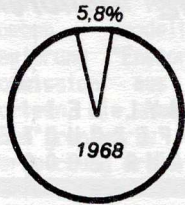
Die Aktionsgemeinschaft Atomstop-Energiewende trifft sich jeden Mittwoch um 19.30 Uhr im Goldenen Lamm in Heilbronn, Lammgasse. Im offenen Kreis wird über die laufende Arbeit gesprochen. Referate, Vorträge und Filme sorgen für Hintergrundinformation. Thema am 11.6.86: Die Energiewende ist machbar (Alternative Energiekonzepte) und am 18.6.86: Biologische Wirkungen der Radioaktivität. Alle Interessenten sind jederzeit willkommen.

MINISTER WEISER: KEHRT DAS STRAHLENGIFT UNTER DEN TISCH!

Sauber soll's bleiben im Ländle. Weg mit dem Tschernobyl-Fallout, sagte Minister Weiser und empfahl den Bauern, den Strahlendreck einfach unterzupflügen. Obwohl er wußte, daß mindestens 20% der generationenlang gefährlich radioaktiven Stoffe wie z.B. Cäsium auf der Vegetation haften. Hätte man Gemüse und Salat auf Sonderdeponien verbracht, wäre der Boden jetzt 20% weniger verseucht. Aber solche Methoden sind eben üblich in unserer Umweltpolitik. Dreck aus den Schornsteinen? Machen wir sie höher! Nitrat im Grundwasser? Mit Bodenseewasser vermischen! Verteilen, vermischen ... wenn's dann noch zuviel ist, kann man ja immer noch Grenzwerte anheben.

Stromverbrauch wird bewußt gefördert

Nach dem Energieprogramm der Bundesregierung soll der Anteil der Atomenergie am Energieaufkommen von 1,5% im Jahre 1978 auf über 20% im Jahre 2000 gesteigert werden - das entspricht dem Betrieb von rund 200 Atomkraftwerken! Die Bundesregierung geht also davon aus, daß der Stromverbrauch bis dahin entsprechend stark gesteigert werden soll. Diese Steigerung des Stromverbrauchs soll insbesondere durch die zunehmende Einrichtung von Stromheizungen (z.B. Nachtspeicherheizungen) in den privaten Haushalten erreicht werden. Die Elektrizitätswirtschaft brüstet sich schon heute damit, daß der Anteil der Wohnungen, die mit Strom geheizt werden, in den letzten 10 Jahren siebenfach werden konnte. Elektroheizungen machten 1968 nur 5,8% des Stromverbrauchs der Haushalte aus. 1978 waren es schon 21,5%.



Anteil der Elektroheizung am gesamten Stromverbrauch der Haushalte.

Doch hier stellt sich die Frage: Ist die Umstellung der Haushalte auf Elektroheizungen vom energiewirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen überhaupt sinnvoll?

Hierzu ein Rechenbeispiel:

Ein Zimmer soll an einem Wintertag auf eine Raumtemperatur von 20°C geheizt werden:

Wird dieses Zimmer direkt mit Öl geheizt, so müssen etwa 10 Liter Öl verbrannt werden.

Wird dieses Zimmer elektrisch geheizt, so müssen für die gleiche Heizleistung im Ölkraftwerk 30 Liter Öl verbrannt werden.



Denn die Umwandlung Wärme → Strom → Wärme ist mit einem sehr hohen Energieverlust verbunden. Er ist bei der Elektroheizung aus Atomkraftwerken am höchsten: 72% der aufzuwendenden Energie geht als Abwärme verloren und heizt die Umwelt auf. Nur 28% der Energie kann letztendlich als Heizenergie in den Haushalten genutzt werden.

Prozeßdampf nutzen! gespart: 3,4% des Energieverbrauchs

In vielen Industrieunternehmen fällt überschüssiger überhitzter Wasserdampf an. Man nennt diesen Wasserdampf Prozeßdampf, weil er während des Produktionsprozesses entsteht. Nach einer Schätzung der Vereinigung Industrielle Kraftwirtschaft (VIK) werden in der Bundesrepublik in jeder Stunde 75 000 Tonnen Wasserdampf aus rund 25 000 Dampfkesseln ungenutzt an die Luft abgegeben. Würde man diesen Prozeßdampf über stromerzeugende Turbinen leiten, so könnte man nach der Schätzung der VIK 21 000 Megawatt Strom aus dem Prozeßdampf erzeugen - Das entspricht der Leistung von 18 Atomkraftwerken!

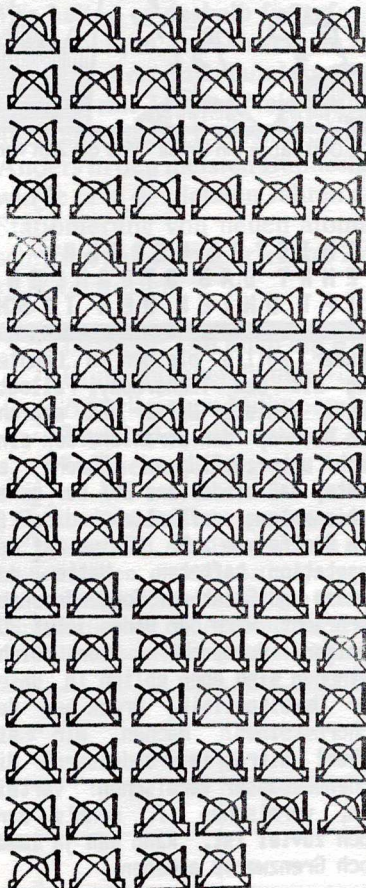


Abwärme nutzen! gespart: 4% des Energieverbrauchs

Kraftwerke und viele andere industrielle Fertigungsanlagen, wie z.B. Kokereien, Stahlwerke usw., schlagen sich mit einem riesigen Problem herum: Wohin mit der Abwärme? Statt mit dieser Wärme über ein Fernleitungssystem (sogenannte Fernwärme), Wohnungen zu heizen, belasten sie in erheblichem Maße das Klima, besonders aber unsere Gewässer, die durch die eingeleitete Wärme zu „ersticken“ drohen. Vom technischen Standpunkt her bestehen keine ungelösten Probleme für die Nutzung der Abwärme zu Heizzwecken. In der BRD allerdings erst 5% der Haushalte an eine Fernwärmeversorgung angeschlossen. Eine Studie des BfU hält einen Anschluß von ca. 40% der Haushalte in Ballungsgebieten für erreichbar; das entspräche einer Einsparung von 4% des gegenwärtigen gesamten Energieverbrauchs und damit der Leistung von 21 Atomkraftwerken!



Auf die Nutzung kommt es an!



In unserer technisierten Welt ist eine Steigerung des Lebensstandards bisher meist mit einem vermehrten Verbrauch von Energie verbunden gewesen. Statt nun auf vermeintlich steigende Energieansprüche mit einem vergrößerten Energieangebot zu reagieren, sollte überlegt werden, ob der andere Weg, nämlich eine bessere Nutzung bestehender Energiequellen, auf die Dauer nicht billiger und umweltfreundlicher - also kurz: vernünftiger wäre. Denn: Die Menschen haben kein Bedürfnis nach Energie an sich oder gar nach immer mehr Energie, sondern sie haben Bedürfnisse; wie die nach angenehmer Raumtemperatur, warmem Wasser, Transport, Beleuchtung, die sich zwar mit Hilfe von Energie erfüllen lassen, aber mit unterschiedlichster Technik und unterschiedlichem Energieaufwand. Die folgenden Beispiele sollen zeigen, daß eine bessere Nutzung vorhandener Energie nichts mit Verzicht und Verminderung des Lebensstandards und Komforts zu tun haben muß.

Bessere Wärmeisolierung gespart: 20% des Energieverbrauchs

Rund 95% der bewohnten Häuser in der Bundesrepublik weisen eine mangelnde Wärmeisolierung auf. Konsequente Wärmedämmung aller bestehenden Bauten, sowie Maßnahmen an den Heizungen würde nach gängigen Schätzungen - auch der zuständigen Bundesministerien - etwa 50% der derzeit verbrauchten Heizenergie einsparen; das entspräche 20% des gesamten Energieverbrauchs der BRD. Zu erforschen ist da nichts, die Technologien sind bekannt:

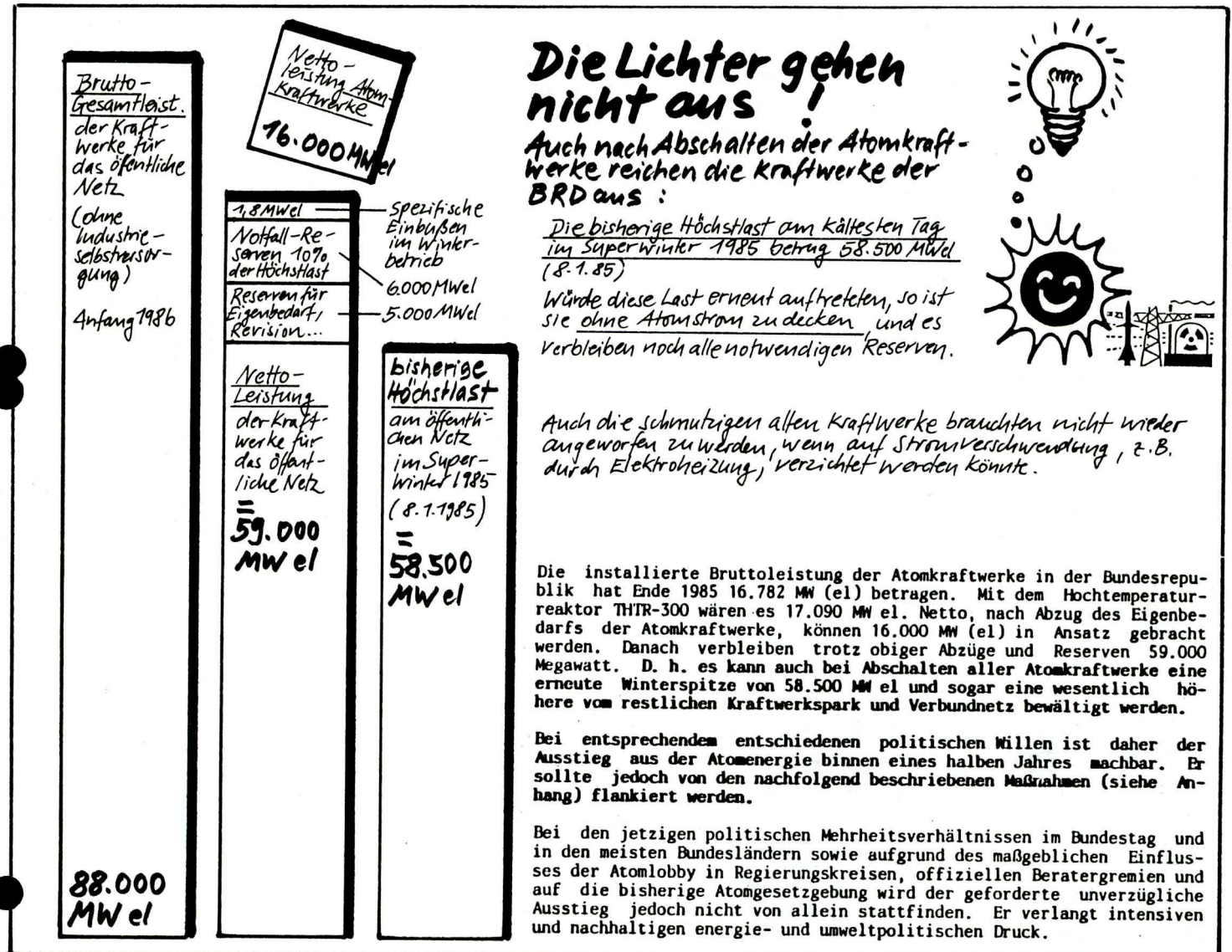
- Isolierung der Außenwände und
- Decken
- Dämmplatten in Heizkörpernischen
- Außenrolläden und Vorhänge
- Abdichtung von Fenstern und Türen

So einfach, erfolgversprechend und vergleichsweise billig diese Maßnahmen auch sind - sie sind bisher im Energieprogramm der Bundesregierung bisher so gut wie nicht vorgesehen. Verbindliche und ausreichende Vorschriften für Neubauten gibt es nicht. Notwendig wäre es, in jedem Jahr 5% der Altbauten umzurüsten. Der Effekt eines solchen Programms wäre ungleich größer und billiger als der eines neuen Atomenergieprogramms: Innerhalb von 20 Jahren könnte der Heizenergiebedarf auf die Hälfte des gegenwärtigen gesenkt werden, und damit könnte man 105 Atomkraftwerke überflüssig machen.



10 ALLGEMEINE FORDERUNGEN
DER AKTIONSGEMEINSCHAFT ATOMSTOP-ENERGIEWENDE
VERABSCHIEDET AM 28.5.1986
IM HANS-RIESSER-HAUS

- 1.) Der Ausstieg aus der Kernenergie muß sofort beginnen.
- 2.) Sofortiger Baustopp für alle in Bau oder Planung befindlichen Atomanlagen, insbesondere Kalkar und Wackersdorf. Kein GKN II! Kein Obrigheim II!
- 3.) Kein Export bundesdeutscher Atomanlagen oder -technologie.
- 4.) Regelmäßige Erfassung der radioaktiven Belastung. Regelmäßige Veröffentlichung der Meßdaten, aufgeschlüsselt nach den einzelnen Nukliden.
- 5.) Versorgung von Risikogruppen in der Bevölkerung (Schwangere, Kleinkinder . . .) mit möglichst unbelasteter unvermischter Nahrung (z.B. Milch).
- 6.) Umstellung der Energieversorgung auf umweltverträgliche und - soweit nötig - konventionelle Energiequellen bei gleichzeitiger Entschwefelung und Entstickung alter Anlagen.
- 7.) Statt staatlicher Förderung der Atomindustrie fordern wir die Förderung umweltverträglicher Energiegewinnungsmethoden, dezentraler Versorgungskonzepte und eines umfassenden Energiesparprogramms.
- 8.) Sofortige Einstellung aller Kernwaffentests.
- 9.) Vernichtung aller atomaren, chemischen und biologischen Waffen.
- 10.) Wir wenden uns gegen jegliche Kriminalisierung der Atomkraftgegner und den Abbau des Demonstrationsrechts. Unser Widerstand ist gewaltfrei.



10 FORDERUNGEN
DER AKTIONSGEMEINSCHAFT ATOMSTOP-ENERGIEWENDE
AN DEN GEMEINDERAT UND DIE VERWALTUNG
DER STADT HEILBRONN

- 1.) Die Stadt Heilbronn veröffentlicht umgehend alle vorliegenden Katastrophenschutzpläne, insbesondere zu Unfällen im GKN, in Obrigheim und auf der Waldheide.
- 2.) Sie setzt sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden politischen und rechtlichen Möglichkeiten gegen die Inbetriebnahme von GKN II sowie jede Vorbereitung von Obrigheim II zur Wehr.
- 3.) Sie überprüft ihre Konzessionsverträge mit Stromlieferanten und nutzt ihren Einfluß mit dem Ziel, daß ab sofort keine Steigerung des Atomstromanteils für Heilbronn, mittelfristig die vollständige Verlagerung auf konventionelle und alternative Energieerzeugung erfolgt.
- 4.) Sie fordert von ihren Stromlieferanten die Einstellung der Werbung für Stromverbrauch.
- 5.) Sie dringt auf Abbau des Stromeinsatzes zur Wärmeerzeugung, insbesondere auf den Stop weiterer Elektrospeicherheizungen und den Abbau der bestehenden. Dasselbe gilt sinngemäß für elektrische Wärmepumpen.
- 6.) Sie verlangt die Veränderung der Tarifstruktur so, daß Stromsparen im Haushalt und in der Industrie belohnt und hoher Stromverbrauch teurer wird (z.B. durch die Aufhebung der Trennung in Grundgebühr und Arbeitspreis), daß Stromverbrauch in Spitzenlasten teurer, in Lasttälern billiger wird (differenzierte Tarifaufrechnung über Zähler), daß ein Tarifvorteil für diejenigen Stromkunden entsteht, die einzelne Geräte so ausrüsten lassen (z.B. Waschmaschine, Geschirrspüler), daß sie bei Spitzenlast vorübergehend abgeschaltet werden.
- 7.) Sie nutzt alle Planungsmöglichkeiten, um umweltfreundliche Energieversorgung zu ermöglichen (z.B. durch die Gestaltung der Bebauungspläne so, daß klimagerechtes Bauen, passive oder aktive Solarnutzung, Fernwärmeversorgung möglich bzw. gefördert wird).
- 8.) Sie richtet eine Energieberatungsstelle ein, die kommunale Einrichtungen sowie private und gewerbliche Interessenten in Fragen rationeller Energienutzung, Wärmedämmung, Wahl des sinnvollsten Energieträgers u.a. berät.
- 9.) Sie bewirbt sich für Modellvorhaben zur rationellen Energienutzung wie auch zur Nutzung regenerativer Energiequellen (z.B. Solarstromanlagen in Zusammenarbeit mit Telefunken u.a.).
- 10.) Sie wird initiativ gegenüber allen Institutionen, in denen Sie Einfluß hat oder deren Entscheidungen sie unterworfen ist (Städtetag, Landtag, Bundestag . . .), um Planungsrecht und Gesetze in Richtung rationeller Energienutzung, umweltfreundlicher Energieerzeugung und kommunaler Eigenständigkeit im Energiebereich zu ändern. Dies gilt in besonderem Maße für das geltende Energiewirtschaftsgesetz.

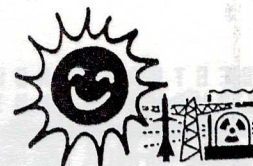
Wußten Sie schon ?

● Bisher flossen in der BRD an Steuermitteln: für Atomtechnik **27 Mrd. DM**
 ... für erneuerbare Energiequellen **0,7 Mrd. DM !**

● Der Brüter Kalkar + der Hochtemperaturreaktor Hamm verschlangen bisher ca. **12 Milliarden DM**.
 Dafür hätten 1,2 Millionen Solaranlagen à 10 000 DM verschenkt werden können!
 Und damit doppelt so viel Energie wie mit den beiden Atomöfen erzeugt werden können!
 Man hätte auch 30 Städten wie Heilbronn ein komplettes Fernwärmenetz schenken können. Und damit 11 mal so viel Energie sparen können!

(Aber die Stromer hätten weniger verdient....)





Stadt Davis: Jedes Jahr weniger Strom

Mit Stromsparen verdiente sich Davis hohe Prämien der Elektrizitätsgesellschaft PG&E

Die im Norden Kaliforniens gelegene Universitätsstadt Davis mit ihren heute 40 000 Einwohnern hat als Umwelt-Mekka Weltruf erlangt. Die Einwohner fahren im Stadtzentrum Velo und Bus statt Autos, Abfälle werden getrennt gesammelt, und fast alle Neubauten Häuser stehen in Nord-Süd-Richtung, um die Wärme der Sonne zu nutzen. Während einer beispiellosen Sparkampagne zusammen mit der Elektrizitätsgesellschaft PG & E konnte der Stromverbrauch der Stadt gesenkt werden. Allein die Haushalte brauchten 1980 22 Prozent weniger Strom, 1981 sparten sie 12 Prozent, 1982 11 Prozent und 1983 weitere 12 Prozent (jeweils gegenüber dem Vorjahr).

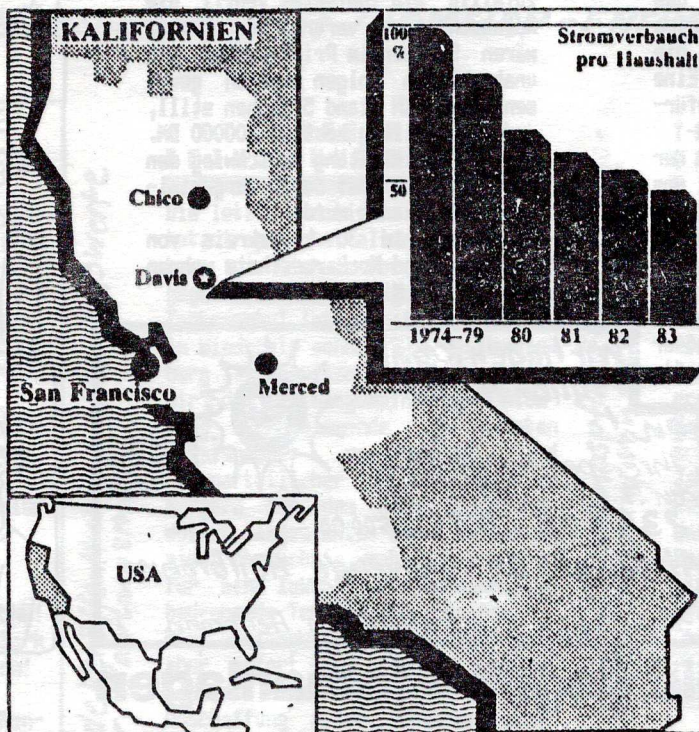
Mit dem Strom, den die Stadt Davis sparte, kann die Elektrizitätsgesellschaft PG & E jetzt zusätzlichen Bedarf an anderen Orten, so der Grossstadt San Francisco decken. Die PG & E kam billiger zu diesem Strom, als wenn sie ihn von einem neuen Kernkraftwerk hätte beziehen müssen.

Gratis fiel dieser Strom den Managern der PG & E allerdings nicht in den Schoß. 1979 versprach die PG & E der Stadt eine Sonderprämie von 100 000 Dollar für den Fall, dass es den Einwohnern im Sommer 1980 gelänge, den Stromverbrauch in der Zeit des höchsten Konsums von 12 bis 18 Uhr um 10 Prozent zu drosseln. Gleichzeitig hatte die PG & E der Stadt einen Check von 30 000 Dollar überreicht, damit sie einen Energiebeauftragten zur Führung der Sparkampagne anstellen konnte. Mit weiteren 30 000 Dollar finanzierte die PG & E Informations- und Aufklärungsmaterial zur Verteilung an die Bevölkerung.

Sparkampagne als Ereignis

Die Sparkampagne wurde zum Ereignis. Nicht nur Stadtbehörden und Elektrizitätsgesellschaft, sondern auch Oppositionsgruppen, Universität, Zeitungen, Lokalradios und Fernsehstationen zogen alle am gleichen Strick. Der Energiegigant PG & E mit seinen Kernkraftwerkssorgen holte sich bei den kritischen Einwohnern der Universitätsstadt auf einen Schlag das beste Image.

Der Erfolg war beispiellos: Obwohl die Einwohner von Davis schon zu den sparsamsten Stromkunden gehörten, schafften sie eine Ersparnis von 22 Prozent. 1981 verdienten sie mit einer weiteren Stromeinsparung von 12 Prozent die Prämie erneut. Erfreut stellt die PG & E fest, dass es nicht bei der Einsparung zur Spitzenzeit zwischen 12 und 18 Uhr blieb. Der gesamte Stromkonsum sank entpre-



Davis liegt im Norden von Kalifornien. Als Folge einer Sparkampagne sank der Stromverbrauch der Haushalte 1980 um 22 Prozent, 1981 um 12, 1982 um 11 und 1983 um weitere 12 Prozent. Weiss ist das Verbreitungsgebiet der PG&E eingezeichnet. (Grafik: I. Haklar)

chend. Und die Einsparung blieb von Dauer.

Die Rechnung für die PG & E ging damit auf: Der eingesparte Strom kann sie nicht einmal halb so teuer zu stehen wie neuer Strom aus einem Kernkraftwerk.

Anfangs 1982 offerierten die Manager der PG & E auch der Handelskammer von Davis einen Check von 100 000 Dollar, wenn es Industrie und Gewerbe gelänge, ihren Spitzenkonsum 1982 um 10 Prozent zu

drosseln. Energiespezialisten stellte die PG & E den Unternehmern gratis zur Verfügung. Mikroelektronische Thermostaten verkaufte und installierte die PG & E den Unternehmern zu einem Sechstel des Selbstkostenpreises (32 statt 200 Dollar). PG & E-Direktor Donald D. Greenbaum zur BZ: «Diese Subvention ist dank der Energieeinsparung schon innert 1 bis 3 Monaten amortisiert.»

Angespornt durch die Prämie, wurde die Handelskammer selber aktiv und beriet ihre Mitglieder ihrerseits im Stromsparen. Der Erfolg blieb nicht aus: 1982 ging der Spitzenbedarf der Industrie und des Gewerbes um 11 Prozent und 1983 um weitere 12 Prozent zurück.

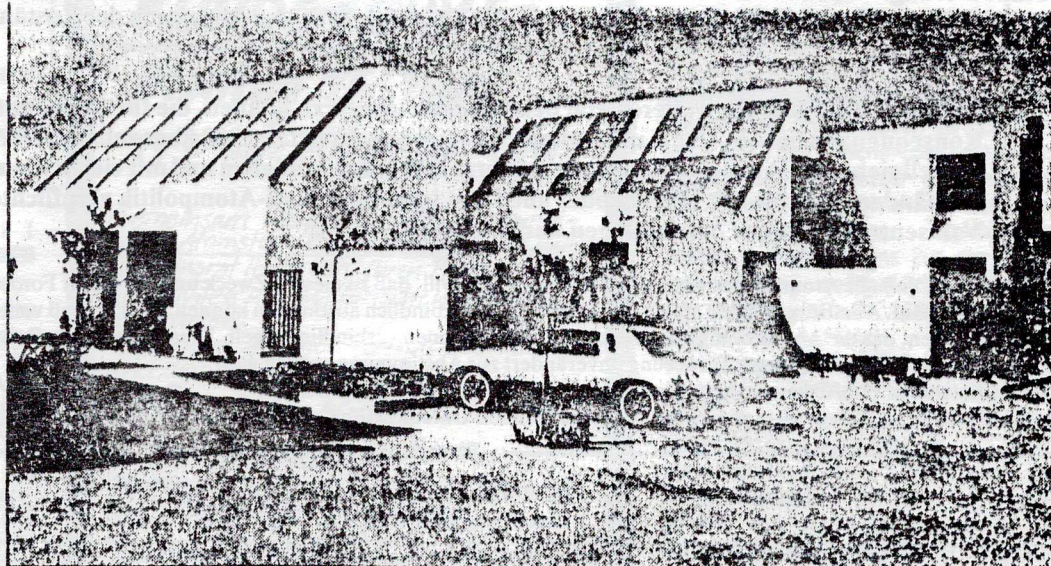
Die Aktion der PG & E, die in Kalifornien soviel Elektrizität verkauft, wie die ganze Schweiz verbraucht, blieb nicht auf die Universitätsstadt Davis beschränkt. Pilotversuche starteten 1979 auch in der Arbeiter- und Angestelltenstadt Merced sowie in Chico, einer Stadt im heissen Süden Kaliforniens. Alle erreichten das Ziel und verdienten sich die Prämie. 1983 erfasste die Aktion bereits 10 Städte.

Und in Bern?

In der Stadt Bern gibt es nicht die gleichen Sparmöglichkeiten wie in einigen kalifornischen Städten. Vor allem Klimaanlage sind weniger verbreitet. Professoren der Universität Genf haben jedoch im Detail nachgewiesen, dass es auch bei uns ein grosses Potential gibt, das ohne Komforteinbusse gespart werden könnte.

In der Stadt Bern geht es nicht darum, den Stromkonsum zu senken, sondern ihn nicht um mehr als einen Viertel weiter anwachsen zu lassen. Der Strom bliebe für alle billiger. EWB und Stadtbehörden müssten das allerdings wollen. 1981 fasste der damalige Bürgermeister von Davis die Euphorie seiner Stadt in folgende Worte: «Davis ist die einzige Stadt, die ich kenne, in der die Leute auf Cocktaillparties und Empfängen, im Kirchgemeindehaus und am Bierstisch über ihre Stromrechnung reden.»

Aus: Stromreport (1984).
Nachdruck mit
frdl. Genehmigung der
Bernern Zeitung, CH-Bern



Solaranlagen auf den Einfamilienhäusern sind heute in Davis ein Statussymbol. Sparkampagnen führten zu einer spektakulären Abnahme des Stromverbrauchs. (Bild: G. Schuster)

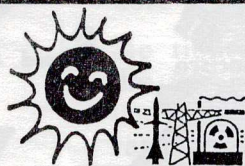
BESTRAHLUNGSERLAUBNIS-KOMMISSION

George Orwell brachte in seinem Roman "1984" die Verdummung der Menschen durch die offizielle Propaganda auf den Begriff: "Neusprache" nannte er die Sinnverdrehung durch Wortspiele. Bei uns ist die Utopie längst Wirklichkeit: Eine Riesenfabrik, in der das tödliche Gift von 200 000 Hiroshima Bomben brodeln, nennt die Regierung "Entsorgungspark". Eine Kommission aus Atomkraftbefürwortern, die ehemalige Katastrophen "Grenzwerte" zum Normalmaß der Verseuchung erklärt, heißt bei uns "Strahlenschutzkommission". Der "Grenzwert", der ja kein Unbedenklichkeitswert sein kann, ist ein fauler Kompromiß zwischen mehr Schutz und mehr Kosten. Nennen wir die Verantwortlichen doch besser "Bestrahlungserlaubnis-Kommission".

ALPTRAUM GKN

Auch vor unserer Haustür lauert der GAK: z.B. im Atommeiler von Neckarwestheim. Dort wurde der Reaktor am 21.9.77 nach einem Brennelemente-Austausch zu schnell angefahren, das Kühlsystem war noch nicht betriebsbereit. Im Sekundärkreislauf entstand ein Überdruck. Wenn nicht zufällig ein defektes Ventil die Notabschaltung verursacht hätte, wären Schäden im Primärsystem mit unabsehbaren Folgen möglich gewesen. Das GKN stand 5 Wochen still, jeder Ausfalltag kostete 800 000 DM. Die Geschäftsleitung verschwieg den Vorfall, der erst durch Bürgerinitiativen bekannt wurde. Übrigens: im 30 km-Umkreis von Obrigheim und Neckarwestheim wohnen weit über 1 Million Menschen!

Wir haben keine Millionen für



Anzeigenkampagnen!

Unterstützen Sie uns durch Ihre Spende! Nur dann können wir weiter informieren!

Kto. Kreissparkasse H.N. 23 51 05 BLZ 620 500 00

Aktionsgemeinschaft Atomstop - Energiewende Heilbronn

unabhängig - überparteilich

Treff jeden Mittwoch ab 19.30 Uhr im Goldenen Lamm, Heilbronn

Volksentscheid gegen Atomanlagen

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

wir müssen die Atomkatastrophe von Tschernobyl, diese deutlichste Warnung seit Hiroshima und Nagasaki, zum Anlaß nehmen, so schnell wie möglich die **Abschaltung aller Atomanlagen** zu erreichen.

Wir halten es deshalb für erforderlich, daß wir unsere Protestformen erweitern. Was den Menschen in Schweden, in Österreich, in der Schweiz, in Spanien und anderen Ländern möglich ist, darf auch uns nicht länger verwehrt werden. **Wir brauchen einen bundesweiten Volksentscheid über die Abschaltung aller Atomanlagen, bei dem jede/r Bürger/in verbindlich mit Ja oder Nein abstimmen kann.** Obwohl das Grundgesetz der Bundesrepublik in Art. 20/2 neben Wahlen auch ausdrücklich Abstimmungen vorsieht, gibt es hierzu bisher auf Bundesebene keine Ausführungsbestimmungen. Anders in den meisten Bundesländern: Hier sind Volksbegehren und Volksentscheid möglich und mit diesem Instrument wurde ja in den letzten Jahren auch in Hessen, in Baden-Württemberg und in Bayern versucht, die Startbahn-West, die Stationierung von neuen atomaren Mittelstreckenraketen und die Wiederaufarbeitungsanlage zu verhindern. Unterschriften gab es in sehr kurzer Zeit genug, doch die Volksbegehren wurden wegen der Zuständigkeit des Bundes vom Gericht verworfen.

Deshalb: Um nicht ein weiteres Mal bei Appellen stehen zu bleiben, die für die verantwortliche Regierung keine Konsequenzen haben – die Anti-Atomtod-Bewegung erreichte 1958 über zehn Millionen Unterschriften, der Krefelder Appell sieben Millionen – **müssen wir uns jetzt zusammenschließen und mit vielen Menschen, Gruppen, Initiativen und Verbänden, die sich seit langem oder auch erst jetzt einer Anti-Atompolitik verpflichtet fühlen, einen bundesweiten Volksentscheid gegen Atomanlagen durchsetzen.**

„Ich will, daß alle Atomanlagen abgeschaltet werden! Ich will, daß zu diesem Zweck und mit dieser Forderung ein bundesweiter Volksentscheid durchgeführt wird. Alle Bürger/innen sollen mit Ja oder Nein verbindlich abstimmen können. Hierzu muß vom Bundestag ein entsprechendes Gesetz verabschiedet werden, das die Abstimmungsmöglichkeit der Bürger/innen verbindlich regelt. Dieses Gesetz muß sicherstellen, daß

- die von der Initiative vorgelegte Forderung unverändert zur Abstimmung gestellt wird,
- die Initiative vor der Abstimmung in allen Medien ausreichend informieren kann,
- der Volksentscheid eingeleitet wird, sobald 1 (eine) Million Unterschriften erreicht sind.

„

Zurücksenden an:
Volksentscheid gegen Atomanlagen
Friedrich-Ebert-Allee 120, 5300 Bonn 1

Bitte deutlich lesbar schreiben!

Name	Vorname	Institution/ Beruf/Funktion	Anschrift	Unterschrift